Nr. 287 Montag, den 9. Dezember 1918 32. Jahrgang.

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg. bei der Post abgeholt 50 Pfg. durch den Briefträger 60 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung :: Volks-Zeitung :: für den Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins

Publikations-Organ vieler Behörden

Anzeigenpreis: Aus dem Kreise Paderborn für den einspaltigen 2,4 mm hohen Raum 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung nach besonderem Tarif, die bei Zwangsbeitreibung indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend exkl. Postgebühren.

Redaktion Bahnhofstraße 19 — Fernruf 923

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Postscheckkonto 19042 Amt Hannover

Die Putschversuche in Berlin. — Verlängerung des Waffenstillstandes.

Woche der Heimkehr.

Hl. In bewunderungswürdiger Haltung haben die Millionenheere unserer Westfront den Rhein überschritten. Mit Sorgen hat man ihrer Heimkehr entgegengesehen. Ein Teil der Etappentruppen verfiel bei dem Sturze der Monarchie einer schlimmen Auflösung. Wie würden die Millionen der Front nach Hause kommen, sie, denen der Feind auf dem Fuße folgt? Sie, mit denen ein unheimlicher Gast marschiert, nämlich der zerrüttende Geist des Rückzuges? Werden sie in geordneten Verbänden die Heimat erreichen, oder würden Grimm und kopflose Überstürzung ihren Zusammenhalt sprengen wie bei den Heeren des geschlagenen Rußland, Bulgarien, Österreich-Ungarn? Werden Hunderttausende die Großstädte überfluten, hier alles in Verwirrung und den Hunger im Gefolge der Unordnung mit sich bringen? Werden Verzweifelte, Hungernde aufs Land hinaus sich wälzen, um Brod zu heischen? Wird die Republik einem heillosen Chaos verfallen?

Solche Fragen und Sorgen haben uns bedrückt und bedrängt. Kritische Wochen!

Heute darf man aufatmen! Unsere Front aus dem Westen hat ihre schwerste Probe männlich bestanden — der eines Rückzuges unter drückenden, erbitternden Bedingungen und Verhältnissen. Auch dafür gebührt den Kriegern Ehre und Liebe, ganz ebenso reichlich wie für rühmliche Schlachten. Eine gerechte Zukunft wird diesem Heimmarsch unserer Westfront die höchste Achtung und Ehrung spenden. Die Kriegsgeschichte kennt kaum ein Beispiel gleicher Männlichkeit unter gleichen Bedrängnissen.

Noch eine andere Sorge nehmen die Heimkehrenden von uns: auch der Streit der Parteien hat ihre Reihen nicht erschüttert. Die Garderegimenter Berlins, die Soldatenräte der Front haben sich als Stützen der neuen Ordnung, der bestehenden Regierung öffentlich bekannt und dieses Bekenntnis mit dem Verlangen begründet, das die Regierung erfüllt: Wahlen zur Nationalversammlung, die uns eine neue Verfassung, der Republik das Fundament geben soll. Hindenburgs Treue zum Volke ist von den Truppen rühmlich vergolten worden. Man kann vom Führer wie vom Heere nur mit Ehrfurcht sprechen!

Wenn der französische Marschall und seine Soldaten dem Übermut des Siegers frönen, so liegt es nahe, ihnen zu begegnen mit dem Hinweise auf die offenbare Tatsache, daß sie ihren Triumph nicht eigener Kraft, sondern dem Beistande der ganzen Welt verdanken. Die Zukunft wird anders urteilen als die vom Siege Berauschten. Die militärische Leistung der deutschen Heere wird mehr gerühmt werden als der Sieg der verbündeten Armeen der Erde.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, deren Vorbereitung die heimkehrenden Soldaten empfängt, sind durch vier gegen zwei Stimmen in der Reichsregierung beschlossen worden. Man greift wohl nicht fehl, wenn man zu den vier Stimmen die Hugo Haases, des Führers der Unabhängigen zuteilt. In der grundlegenden Frage ist dieser kluge und besonnene Mann an die Seite von Ebert, Scheidemann und Dr. Landsberg getreten.

Damit sind noch nicht alle Fragen erledigt, um die Parteistreit entstehen kann. Die kleine Gruppe, die sich nach dem Führer des Sklavenaufstandes im römischen Reiche, Spartacus, nennt, gibt sich in Aufrufen und Aufsätzen den Anschein, als sei ihr Triumph sicher. Tatsächlich ist das Gegenteil völlig gewiß. Im Lande wird dem lauten Lärm der Gruppe Liebknecht-Rosa Luxemburg zu viel Bedeutung beigemessen. Man hört nicht selten die Forderung, daß gegen Karl Liebknecht eingeschritten werden müsse. Dies Verlangen ist durchaus verfehlt. Eben darin zeigt sich die Ohnmacht der Spartacusgruppe und die Festigkeit der neuen Regierung, daß man die Propheten einer neuen Tyrannei ruhig lärmen läßt. So wird es am deutlichsten offenbar, daß da wohl viel Geschrei, aber wenig Wolle ist. Müßte die demokratische Ordnung sich der Gewalt bedienen, um sich der Lärmenden zu erwehren, dann gäbe sie einen Beweis der Schwäche und verliehe denen Ansehen, die jetzt keines haben.

Sollte die Spartacusgruppe von Worten zu Taten übergehen, also selbst Gewalt anwenden, dann wird sie auch der Gewalt begegnen und gewiß einer sehr überlegenen. Man kann solchen Unruhen jetzt nicht einmal mehr die Kraft zutrauen, auch nur ernste Störungen in den Großstädten hervorzurufen. Dies wäre vielleicht vor ein paar Wochen noch möglich gewesen, heut nicht mehr. Die Sicherheit der neuen Ordnung ist inzwischen sehr verstärkt worden. Die politischen Kundgebungen der heimkehrenden Front, die Geschlossenheit ihres Marsches in die Heimat sind so starke Grundmauern dieser Sicherheit, daß man auf die innere Entwicklung beinahe mit Sorglosigkeit blicken kann.

Der Friedensschluß nimmt um so mehr unsere Sorgen in Anspruch. Wir sind auf die Hilfe der Vernunft im Lager unserer Feinde angewiesen. Ihre Stimme ist schwach. Herr Wilson wird uns nun zeigen müssen, ob er in der Geschichte als einer der größten Betrüger, oder als der Held einer großen Idee fortleben will.

Trennung von Kirche und Staat.

Erklärung der preußischen Regierung.

Berlin, 7. Dezember.

Dem Erzbischof von Köln, Kardinal Hartmann, ist von der preußischen Regierung auf die bei ihr eingelegte Verwahrung gegen die Trennung von Kirche und Staat geantwortet worden, daß wegen dieser Frage zunächst nur allgemeine Erwägungen im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stattgefunden haben. Sollte die Angelegenheit festere Gestalt gewinnen, so würde zunächst die preußische Regierung damit befaßt werden. — Aus dieser amtlichen Erklärung muß man entnehmen, daß der bekannte, die Trennung bereits anordnende Erlaß Adolf Hoffmanns außer Kraft gesetzt worden ist.

Von Deutschland verlangte Garantien.

Einberufung eines Reichstages?

Berlin, 9. Dezember.

Über die Natur der von Wilson vom deutschen Volke für einen Friedensschluß verlangten Garantien schreibt man aus Newyork: Im Jahre 1871 nahm Frankreich politische Reinigung vor, ehe es Frieden schloß. Nicht nur daß Napoleon abdankte, das ganze französische Kaisertum wurde vom französischen Volke gestürzt. So war das Frankreich, mit dem Deutschland Frieden schloß, nicht das Frankreich, gegen das Deutschland ins Feld gezogen war. Wilson versucht keineswegs den genauen Modus vorzuschreiben, nach dem als eine Vorbedingung für den Frieden Deutschlands politische Reorganisation zu erfolgen hat. Er verlangt lediglich eine Regierung, die dem deutschen Volke verantwortlich ist. Das bedeutet zum mindesten einen Reichstag, der vom Volke auf Grund eines Wahlgesetzes gewählt ist, das ihn zu einer wirklichen Volksvertretung macht. Das bedeutet weiter ein Ministerium, das diesem Reichstage in vollem Umfange verantwortlich ist. Das bedeutet endlich, daß die Einrichtung des Bundesrates so reformiert wird, daß sie der jetzigen nicht mehr ähnlich sieht.

Die Putschversuche in Berlin.

Soldatenkundgebung vor der Reichskanzlei. — Mißglückter Anschlag auf den Vollzugsrat. — Kampf zwischen Truppen und Spartakusleuten. — Zahlreiche Tote und Verwundete.

Berlin, 7. Dezember.

In den gestrigen Nachmittagsstunden kam es an verschiedenen Stellen der Reichshauptstadt zu bewegten Szenen. Vor dem Reichskanzlerpalais kam es zunächst zu einer Soldatenkundgebung für die neue Regierung, in deren Verlauf Ebert die Präsidentschaft der deutschen Republik angeboten wurde. Fast zu gleicher Zeit erschien — noch weiß man nicht, in wessen Auftrage — eine Truppenabteilung im Abgeordnetenhause, wo der Vollzugsrat des ASR seinen Sitz hat, und verhaftete den ganzen Vollzugsrat. Erst nach längeren Auseinandersetzungen wurde die Maßnahme rückgängig gemacht. Als diese Vorgänge in den Versammlungen bekannt wurden, die der Spartakusbund einberufen hatte, veranstalteten dessen Anhänger einen Demonstrationszug, der mit Regierungstruppen zusammenstieß. Es kam zu blutigen Kämpfen, in deren Verlauf 16 Personen getötet und eine große Anzahl verwundet wurden.

Eine Ansprache Eberts.

Unter Führung des Soldaten Spiro waren Soldaten und Matrosen in großer Menge vor das Reichskanzlerpalais gezogen, wo der Anführer eine zündende Ansprache hielt, in deren Verlauf er sich gegen den Vollzugsrat wandte und den Volksbeauftragten Ebert zum Präsidenten der deutschen Republik ausrief. Von tausendstimmigen Hochrufen begrüßt nahm Ebert das Wort und führte u. a. aus:

„Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg und die Waffenstillstandsbedingungen unserem Volke auferlegt haben. Unsere Volkswirtschaft ist der Grundstock unseres Lebens. Noch schwerer wird unser Wirtschaftsleben bedroht, wenn eigenmächtige Maßnahmen in den Betrieben zum schließlichen Schaden der Arbeiterklasse getroffen werden. Wir wollen unser soziales Programm nicht mit einzelnen Experimenten, sondern im Rahmen der Reichsgesetzgebung durchführen. Ein einheitlicher Wille muß die Geschicke des ganzen Reiches leiten. Wenn ihr jetzt stürmisch die Einberufung der Nationalversammlung begehrt, so vergeßt nicht, daß eure Kameraden erst auf dem Rückmarsch sind und daß sie, die mit euch alle Kriegsnöte geteilt haben, auch wählen wollen. Geduldet euch bis zur Tagung aller deutschen ASR am 16. Dezember, die sich über den technisch frühesten Termin der Nationalversammlung schlüssig werden sollen."

Ebert schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die junge Republik. Nun nahm ein Matrose aus Flensburg das Wort, um an Ebert die Frage zu richten, ob er dem Rufe, Präsident zu werden, folgen wolle oder nicht. Nachdem Ebert erklärt hatte, er wolle bis zur Nationalversammlung gemeinsam mit den andern Volksbeauftragten die Regierung weiterführen, zogen die Massen in größter Ordnung in geschlossenem Zuge ab.

Die Vorgänge im Vollzugsausschuß.

Während die Kundgebung vor dem Reichskanzlerpalais stattfand, erschienen plötzlich im Abgeordnetenhause im Zimmer des Vollzugsrates Soldaten und erklärten alle Anwesenden im Namen der Regierung für verhaftet. Der einzige Leutnant, der die Soldaten führte, versicherte den Auftrag aus der Reichskanzlei telephonisch erhalten zu haben. Es stellte sich bald heraus, daß eine dreiste Irreführung vorlag. Die Regierung hatte natürlich einen solchen Auftrag nicht erteilt und ordnete die sofortige Enthaftung des Vollzugsrates an. Der Leutnant wurde zur Klärung der Angelegenheit in Haft genommen. Der Vollzugsrat ordnete ferner die Verhaftung des Feldwebels der Gardepioniere, eines Offizierstellvertreters und einer Reihe weiterer Personen wegen dringenden Verdachtes gegenrevolutionärer Umtriebe an. In dem sogleich vorgenommenen Verhör wurde festgestellt, daß den Mannschaften 5 Mark pro Person versprochen worden war, wenn sie sich an dem „Umzug", von dem die Führer lediglich zu ihnen gesprochen hatten, beteiligten. Ebenso wurde ein gewisser Franz verhaftet, der vorgeführt wurde unter der von ihm zugestandenen Beschuldigung, an der Spitze eines Trupps Soldaten in die Redaktion der Roten Fahne eingedrungen zu sein und eigenmächtig den Betrieb aufgehoben zu haben.

Der Straßenkampf.

Der Spartakusbund hatte für den gestrigen Abend drei Versammlungen der Urlauber, Deserteure und Frontsoldaten veranstaltet. Als in den Germaniasälen, wo eine der Versammlungen — stattfand, ein Soldat die Verhaftung des Vollzugsrates mitteilte, bemächtigte sich aller Anwesenden große Erregung, und als einer der Teilnehmer rief: Laßt uns die Reichskanzlerbude stürmen, eilte alles auf die Straße. Als der Zug bis zur Chausseestraße gekommen war, wo er sich mit einem anderen Demonstrantenzuge zu vereinigen strebte, traten ihm regierungstreue Truppen entgegen. Die Aufforderung, auseinanderzugehen, wurde mit einem Revolverschuß aus den Reihen der Demonstranten beantwortet. Darauf eröffneten die Soldaten Maschinengewehrfeuer. Es entstand in der Menge eine unbeschreibliche Panik. 16 Tote und viele Schwerverletzte blieben auf dem Platze. Nach anderen Nachrichten soll die Zahl der Toten noch höher sein.

Die Nachricht, daß das Vorgehen des Militärs auf einen Befehl des Generalkommandos der Gardetruppen zurückzuführen ist, wird durch eine Erklärung des Kriegsministeriums widerlegt. Auch das Kriegsministerium hat keinerlei Anordnung ergehen lassen, die das Vorgehen der Truppen beeinflussen konnte.

Noch keine Klärung.

Berlin, 7. Dezember, abends.

Heute mittag traten die Reichsleitung und der Vollzugsrat zusammen, um gemeinsam über die gestrigen Vorgänge zu beraten. Die Rote Fahne, das Organ der Spartakusgruppe, forderte zum Generalstreik auf. Die Arbeiterschaft in ihrer Masse folgte diesem Rufe nicht; nur in einzelnen Betrieben, wo die Spartakusleute in der Mehrzahl waren, wurde die Arbeit niedergelegt. Besonders in Neukölln, wo die Anhänger Liebknechts fast ungehindert herrschen, machte sich starke Erregung bemerkbar. Ein Trupp von etwa 2000 Personen zog nach Berlin. — Im Tiergarten hielt Liebknecht vor einer Versammlung von Munitionsarbeitern eine Ansprache, in der er heftig gegen die gestrigen Vorgänge protestierte und die Regierung angriff.

Auf den Straßen herrschte nachmittags noch Ruhe, obwohl man mehr bewaffnete Patrouillen sah und man auf der Kommandantur mit weiteren Zusammenstößen rechnet. Die Freiheit, das Blatt der Unabhängigen, ergreift offen die Partei der Spartakusleute und wettert fast noch mehr als diese gegen die Richtung Ebert-Scheidemann. Die Lage erscheint sehr verworren.

Für morgen, Sonntag, sind sowohl von den Mehrheitssozialisten, wie den Unabhängigen und dem Liebknecht-Gefolge Massenversammlungen an verschiedenen Stellen einberufen.

Ruhig verlaufen.

wtb. **Berlin**, 8. Dez. Die für heute angesagten Kundgebungen sind nach den bis 2 Uhr nachmittags vorliegenden Meldungen ruhig verlaufen.

wtb. **Berlin**, 8. Dez. Der Propagandaausschuß der sozialdemokratischen Partei hatte heute vormittag Versammlungen in 18 Lokalen Groß-Berlins veranstaltet, die gut besucht waren. Bekannte Führer der Partei, wie Bauer, Ebert, Ernst, Göhre, Heine, Hirsch, Schöpflin, Stücklen und Wels hielten Vorträge über das gemeinsame Thema: Sozialismus und Demokratie. Die Versammlungen nahmen einen ruhigen Verlauf. Nach deren Schluß zogen die Teilnehmer in Gruppen von mehreren hundert Mann unter Vorantragung roter Fahnen nach dem Stadtinnern, wo sie sich bald auflösten.

Die Unabhängigen hatten mittags drei Versammlungen unter freiem Himmel am Friedrichshain, Humboldthain und Bismarckdenkmal anberaumt. Hier sprachen Breitscheid, Dittmann, Adolf Hoffmann, Ledebour und Ströbel. Sie forderten zu einem festen Zusammenschluß auf zur Abwehr der Gegenrevolution, die immer frecher ihr Haupt erhebe.

Endlich hatte der Spartakusbund seine Gefolgschaft zu 2 Uhr nach dem Treptower Park eingeladen. Hier dürften 3000 Mann zusammengeströmt sein. U. a. sprach auch Liebknecht. Einzelne kleine Abteilungen zogen nach Berlin, jedoch die Hauptmassen lösten sich bereits auf der Treptower Chaussee auf. Nebelwetter und Sprühregen hatten eine zahlreiche Beteiligung in allen Fällen verhindert. Von irgendwelchen Unruhen oder gar Zusammenstößen war bis zum Abend nichts bekannt.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Abschaffung der Wehrpflicht?

Im Einverständnis mit dem französischen Oberkommando findet voraussichtlich am 12. oder 13. Dezember auf Anregung unserer Waffenstillstandskommission eine Zusammenkunft statt, die über die Verlängerung des Waffenstillstandes beraten soll. — Der Minister Churchill erklärte, die englische Regierung würde auf der Friedenskonferenz die allgemeine und vollständige Abschaffung der militärischen Dienstpflicht fordern.

Kein Verständigungsfrieden!

Was uns von den Feinden, insbesondere den Franzosen und Engländern, droht, darüber ist man sich wohl allgemein klar. Diese Befürchtung wird aber jetzt auch von neutraler Seite geteilt.

Haag, 7. Dez. Der holländische Minister des Auswärtigen hat sich gegenüber der Kammer schriftlich folgendermaßen geäußert: „Der Friede, der in Aussicht steht, wird wahrscheinlich nicht so sehr den Charakter eines Verständigungsfriedens haben als eines Friedens, bei dem die Neuordnung vor allen Dingen durch die Meinung einer der kriegführenden Parteien bestimmt werden, mindestens aber in starkem Maße unter dem Einflusse derselben stehen wird."

Wie weiter aus Paris gemeldet wird, fordert die große Mehrheit der öffentlichen Meinung in Frankreich die Wiederherstellung der Grenze gegen Deutschland, wie sie ungefähr 1814 bestand, so daß die Erzbecken von Saarbrücken und Lauter gegenüber Karlsruhe zu Frankreich geschlagen würden. Weiter müßten die deutschen Provinzen links des Rheins neutralisiert werden.

Diplomatischer Verkehr mit der Entente.

Die feindlichen Regierungen haben seit etwa vier Wochen, also seit Beginn der Revolution, jeden direkten diplomatischen Verkehr mit der Reichsregierung oder mit einzelstaatlichen Regierungen Deutschlands vermieden. Auch eine Mitteilung darüber, daß die Entente die deutsche Schiffahrt in der Ostsee nicht mehr zulassen wird, ist in Berlin nicht eingegangen, wohl aber hat man die dänische Regierung davon amtlich benachrichtigt. Das läßt fast darauf schließen, daß die Entente die gegenwärtige Regierung vor Zusammentritt der Nationalversammlung nicht als verhandlungsfähig betrachtet.

Die neue Stellung unserer Westarmee.

Nachdem nunmehr alle unsere Truppen des Westheeres den Rhein überschritten haben, verläuft die vorderste Linie, der Heimat zu, folgendermaßen:

Ippenbüren—Längerich-Lippstadt—Salzkotten—Brilon—Biedenkopf—Marburg—Gießen—Schotten—Hauswurz-Gelnhausen—Epelbach—Aschaffenburg—Wertheim—Osterburken—Heilbronn—Calw—Tübingen—Pfullendorf—Bodensee (nördlich Konstanz). Ludwigshafen wurde am 5. Dezember von Franzosen besetzt. Es gehört in den Bereich der 8. französischen Armee.

Die augenblickliche englische Besatzung in Köln, die aus Kavallerie besteht, ist nur eine vorläufige, da sie durch andere Truppen ersetzt wird. Nach allen Meldungen von dort benehmen sich die Engländer einwandsfrei.

Neue englische Forderungen.

Eine durch nichts gerechtfertigte neue Forderung der Engländer stellt das Verlangen dar, nach den neuesten Quellen eine Liste aller fertigen und im Bau befindlichen Kriegsschiffe, einschließlich der Flugfahrzeuge und Hilfskriegsschiffe, sowie aller fertigen und im Bau befindlichen U-Boote, die jetzt in deutschen Marinehäfen liegen, zu übergeben. Ferner innerhalb 48 Stunden eine Mitteilung, bis wann der Panzerkreuzer „Mackensen" zum Geschleppt-werden nach einem bestimmten Hafen bereit sein wird; weiter soll eine Erklärung abgegeben werden, daß mit Abschließung des Waffenstillstandsvertrages keine deutschen Handelsschiffe mit irgendeiner neutralen Flagge überführt worden sind. Ferner wird Besichtigung von Friedrichshafen wegen der dort liegenden Luftstreitkräfte verlangt.

*

Verschiedene Meldungen.

Libau, 7. Dez. Die englische Flotte hat Libau, in nördlicher Richtung fahrend, verlassen.

Washington, 7. Dez. Vom Staatsdepartement verlautet, daß die Frage der Auslieferung des früheren deutschen Kaisers aufgeschoben werden wird, bis man sich mit Wilson in Verbindung setzen kann. Amtlichen Kreisen in Washington zufolge hat Wilson über diesen Gegenstand niemals seine Meinung geäußert.

Berlin, 7. Dez. Entgegen anderen Meldungen wird festgestellt, daß Brest-Litowsk nach wie vor in unserer Hand und nicht in polnischer ist.

Keine neue Reichskonferenz.

Allerlei Unstimmigkeiten.

Berlin, 6. Dezember.

Auf die Anregung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner, eine erneute Konferenz der deutschen Freistaaten nach Jena einzuberufen, um ein innen- und außenpolitisches Programm festzulegen, hat die Reichsregierung geantwortet, daß zu einer solchen Konferenz kein Anlaß vorliege, da das Programm der Reichsregierung bereits bekannt sei. Die Einheit des Reiches zu wahren sei eine Hauptaufgabe der Regierung, die einen zu diesem Zweck eingereichten Vorschlag Preußens prüft. Die einzelnen Staaten werden bald Gelegenheit haben, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen.

Schnellere Einberufung der Nationalversammlung.

Die Festsetzung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 16. Februar hat nicht alle Wünsche erfüllt. Der neue Freistaat Oldenburg, die Handelskammern Rheinlands und Westfalens, wie der Staatsrat für Anhalt verlangen eine beschleunigte Einberufung. Man schlägt allgemein Mitte Januar vor und weist darauf hin, daß auch bis zu diesem Zeitpunkt bei allseitigem guten Willen die technischen Schwierigkeiten überwunden werden könnten.

Die Finanzwirtschaft der A.- und S.-Räte.

Mit Bezug auf die gegen die ASR erhobenen Anklagen wegen der Verschleuderung von Staatsmitteln schreibt die „Soz. Korr.": „Man kann sich darüber nicht mit der Redensart hinwegsetzen, das Bürgertum hasse eben die ASR als Träger der Revolutionsidee; dazu sind die Angaben zu bestimmt und zu gut verbürgt. Was kann geschehen? Müßige Klagen helfen nichts. Es bedarf einer Tat. Am nächsten Montag treten die ASR ganz Deutschlands in Berlin zusammen. Bei ihnen liegt die endgültige Entscheidung über den Wahltermin zur Nationalversammlung. Die Volksbeauftragten haben den 16. Februar vorgeschlagen. Das mag damals ein wichtiger Termin gewesen sein, nach dem heutigen Stande der Dinge liegt er jedenfalls viel zu spät. Wir müssen am 19. Januar wählen, um aus diesen vier Wochen Gewinn einen ungeheuren Nutzen für das ganze deutsche Volk zu ziehen. Wir haben keine Minute mehr unnütz zu verlieren.

*

Gegen die rheinisch-westfälische Republik.

Weite Teile Rheinlands und Westfalens sind mit der in Köln beschlossenen Proklamierung einer selbständigen Republik durchaus nicht einverstanden. Das Kölner Vorgehen wird allgemein verurteilt. Man vermerkt die Tatsache sehr übel, daß die Trennungsbestrebungen, die ja schon länger bemerkbar waren, sich erst dann an die Oberfläche wagten, als das linke Rheinland nebst Köln vom Feinde besetzt war und eine Gegenwirkung aus den rechtsrheinischen Gebieten kaum mehr möglich wurde. Die Stimmung geht dahin, daß weder das nördliche Rheinland noch Westfalen sich an jener Republik beteiligen werden. Das Kölner Vorgehen wird allenthalben sehr abfällig beurteilt.

Preußen und das Reich.

Im preußischen Ministerium des Innern wird erklärt, daß man nicht an die Schaffung eines einheitlichen Reiches denke. Man dürfte den bestehenden bundesstaatlichen Charakter für die künftige Organisation Deutschlands im wesentlichen beibehalten, nicht ohne freilich die heute bestehenden territorialen Grenzen und die bisherigen Verwaltungsbefugnisse der Einzelstaaten einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. — Der revolutionäre preußische Minister des Innern, Dr. Breitscheid, wird sich in der nächsten Woche nach Wilhelmshaven und Oldenburg begeben, um mit den führenden Männern der dortgegründeten Republik Oldenburg-Ostfriesland Rücksprache zu nehmen, da dieselbe neue Republik gewisse preußische Gebietsteile vom preußischen Hauptkörper losgelöst hat.

Offiziere und Soldatenräte.

Berlin, 6. Dezember.

Die gestrige Sitzung der Groß-Berliner Soldatenräte im Reichstage stand im Zeichen endloser Auseinandersetzungen und aufregender Zwischenfälle. Über fünf Stunden tobte der Streit über das Wahlreglement, nach dessen Vorschriften die Wahlen zum Reichs-Delegiertentag der am 16. Dezember hier stattfinden soll, vorgenommen werden. War die Aussprache über diesen Punkt schon ziemlich stürmisch, so gestaltete sich die Beratung über einen Zusatzantrag, wonach Offiziere zwar das aktive Wahlrecht haben, aber nicht gewählt werden sollen, noch stürmischer. Während ein Redner behauptete, die Offiziere, die der Revolution dienten, täten ihre Pflicht, verlangte ein anderer, sie sollten von der Pike auf dienen, und erst, wenn sie sich bewährt hätten, Führer werden. Der Antrag wurde schließlich angenommen. — Es kam dann weiter zur Sprache, daß das Anklagematerial gegen einzelne Mitglieder des Vollzugsrates eine tagelange Sichtung erfordere. Zum Schluß befaßte sich die Versammlung mit der Lohnfrage, wobei mehrfach betont wurde, daß die Soldatenräte die Lohnfrage nicht zu einer Erwerbsfrage machen dürften. Man muß der Revolution ehrenhalber dienen. — Während dieser bewegten Sitzung fand vor dem Reichskanzlerpalais eine Kundgebung heimgekehrter Gardetruppen für die Regierung Ebert-Haase statt. In langem Zuge waren die Anhänger des neuen „Bundes aktiver Unteroffiziere" vom Zirkus Busch gekommen und hatten den Volksbeauftragten versichert, daß sie die Regierung schützen würden. Volksbeauftragter Ebert dankte ihnen und wies darauf hin, daß Ordnung, Sicherheit und Arbeitsgelegenheit die Dinge seien, die die Regierung erstrebe. In voller Ordnung zog der Zug dann weiter. Als einigen Teilnehmern von Angehörigen der Spartakusgruppe Flugblätter zugesteckt wurden, wurden Rufe: „Nieder mit Liebknecht!" laut. Beim Weitermarsch begegnete der Zug einer über 2000 Mann starken Abteilung der Garde-Nachrichtentruppen, die ebenfalls zum Reichskanzlerpalais zogen. Sie trugen rote und schwarz-rotgoldene Fahnen und ein Plakat mit der Aufschrift: „Die Garde-Funker geschlossen für Ebert-Haase." Die Kundgebungen zeigen, daß die Regierung eine starke Stütze an den Gardetruppen hat und zerstreuen so alle Gerüchte sowohl von einer Gegenrevolution als auch von einem Putsch.

Eroberungs- und Annexionsfriede.

Lebhafter Protest in Frankreich.

Basel, 6. Dezember.

Der Gewaltfriede, den uns die Entente anscheinend, ohne uns überhaupt zu fragen, aufzwingen will, erregt sogar in Frankreich bei den linksstehenden Parteien lebhaften Widerspruch.

Es wird immer klarer, so sagt man dort, daß nach dem Siege die alliierten Regierungen ihre Versprechungen an die Völker vergessen haben. Man gleite zu einem Eroberungs-, Annexions- und militaristischen Frieden hinüber. Jeder Tag bringe einen neuen Beweis dafür. Man solle die Völker über ihr Schicksal befragen, statt dessen schicke man sich an, besiegte Völker zu zerstückeln. So werde 1918 wiederum die

---

Der Traum in Feindesland

Roman von Justus Schonthal.

(Nachdruck verboten).

59. Fortsetzung

„Schwager, Sie werden mir auf Ihr Offiziersehrenwort versichern, daß Sie nicht handelnd in diese Angelegenheit eingreifen, gleichgültig, was Sie auch erfahren werden!"

„Marianne, ich ahne etwas Fürchterliches. Longford ist überhaupt kein britischer Offizier. Er ist ein — Deutscher! — Sie verstummen, Marianne? Sie erbleichen? . . . Das sagt mir genug! Das sagt mir genug!" Er schritt erregt auf und nieder.

„Und dieser Mensch hat mich betrogen! Diesen Menschen nannte ich das Muster eines britischen Offiziers aus altem Schrot und Korn!"

Marianne wagte einen schüchternen Einwand.

„Das hat sicher niemand schwerer bedauert als er . . . Aber sagen Sie selbst, durfte er sich überhaupt Ihnen anvertrauen, wenn er seinem Vaterlande dienen wollte?"

Aber ihr Schwager schnitt ihr das Wort ab.

„Sparen Sie sich Ihre Einwände, Marianne! Auch ich weiß meinem Vaterlande zu dienen. Ich kenne meine Pflichten. Ich werde auf der Stelle seine Verhaftung zu betreiben suchen."

Mit einem raschen Griff erhaschte Marianne den Brief, der auf dem Schreibtisch lag.

„Sie werden seiner nicht mehr habhaft werden, Schwager. Und den Fluchtplan hätten Sie nur aus diesem Briefe kennenlernen können."

Der Oberst sank enttäuscht in den Schreibtischsessel zurück.

„Einen deutschen Offizier habe ich das Muster und Vorbild des britischen Offiziers genannt, einen deutschen Offizier!" Marianne legte ihm beschwichtigend die Hand auf den Arm.

„Er läßt Ihnen durch mich noch sein Bedauern aussprechen, daß er Ihnen nicht zum Abschied die Hand drücken darf . . ."

„Ich hätte ihm meine Hand nicht mehr gereicht!" knurrte der Viscount.

Aber unbeirrt fuhr Marianne fort:

„Er hat Ihnen vor einiger Zeit ein versiegeltes Schriftstück zur Aufbewahrung übergeben. Das gleiche Schriftstück, unpassiert, wenn auch nicht versiegelt, bittet Lord Southriffe. Er bittet Sie, die Siegel jetzt zu lösen. Übrigens weiß der Minister von Longfords Staatsangehörigkeit schon seit heute morgen. Er hat ihm selbst nach dem Lunch einen Besuch abgestattet und seine Verhaftung aus guten Gründen nicht verfügt."

Der Viscount runzelte die Stirn.

„Und was hat", fragte er streng, „Herr Atterley mit dieser Angelegenheit zu schaffen?"

„Herr Atterley wird mich zu dem Ort der Verabredung bringen."

„Also Beihilfe zum Fluchtversuch eines deutschen Auswärts! Eine strafbare Handlung, obendrein begangen von einem Beamten des Kriegsamts! Unglaublich!"

„Aber, Schwager, wie können Sie das behaupten? Herr Atterley geleitet mich an einen bestimmten Ort. Ich werde da von Herrn Longford oder, wie er in Wirklichkeit heißt, Hauptmann Kersten, abgeholt, und zwar zu einer Zeit, da seine Flucht bereits gelungen ist."

Der Oberst hörte beinahe belustigt zu.

„Sonderbare Beweisführung!" brummte er. „Und Sie wollen Ihr Leben, Ihre Liebe vielleicht einem solchen Menschen anvertrauen?"

„Sie wissen, daß er kein schlechter Mensch ist", sagte sie überzeugt.

„Sie sind erstaunlich beredt, Marianne, erstaunlich beredt, wenn es gilt, diesen Herrn zu verteidigen, der uns alle zum besten gehabt. — Es ist sonst nicht meine Art, derlei Fragen zu stellen. Aber ich bin auch nur ein Mensch, ich kann nicht anders: Lieben Sie den Herrn? Er hat Ihnen gewiß einen Antrag gemacht; denn so ritterlich denkt kein Spion, daß er dem Wunsch einer Dame zuliebe Hals und Kopf mutwillig aufs Spiel setzt. Sagen Sie mir die Wahrheit, Marianne! Sie wissen, wie es um mein Herz bestellt ist!"

Marianne zog Longfords Brief hervor und gab ihn ihrem Schwager zu lesen.

Schelmisch fügte sie hinzu:

„Sie sehen, daß er beinahe so ritterlich denkt! Er wird erst drüben auf deutschem Boden die Frage an mich richten. Wenn wir glücklich drüben sind, werde ich ihm antworten." Wehmütig sah der Viscount auf sie.

„Marianne, Ihr Herz hat schon entschieden. Ich halte Sie nicht zurück. Auch ihm will ich nichts in den Weg legen. Er wird England nicht mehr schaden. Möge er leben bleiben!"

Doch Marianne wurde von der alten Unruhe gepackt.

„Ich muß fort, Schwager. Ich versäume den Zug. Wenn Sie mir noch etwas sagen wollen . . ." Und plötzlich zuckte ein Gedanke in ihr auf . . . „Warum geben Sie mir eigentlich nicht das Geleite bis zu dem letzten Ort, wo ich zur Fahrt nach Deutschland einsteige? Ist das nicht fast Ihre Pflicht als Edelmann?"

Der Viscount erhob sich und faßte traurig ihre Hand.

„Marianne, kleine Evastochter, was machen Sie aus mir?" — — —

Und wenige Minuten später jagten sie selbdritt im Kraftwagen durch den nächtlichen Hydepark der Themsebrücke zu. — Und die Lichtkegel der in rasender Eile den Himmel absuchenden Scheinwerfer, der Feuerschein der von den Brandbomben getroffenen Gebäude der City liehen der Fahrt gespenstische Fackeln.

Erschauernd hüllte sich Marianne in die Autodecken.

17. Kapitel.

Nacht und Grauen.

Als die ersten Schüsse der Luftschiffabwehrkanonen über die Dächer von London erschallten, erwachte Longford.

Er hatte sich sofort nach Atterleys Weggang abermals zum Schlafen niedergelegt. Er pflegte das „auf Vorrat schlafen" zu nennen und hatte diese Eigenschaft, besonders im Frontdienst, zu meisterlicher Fertigkeit entwickelt.

Die lärmende Aufregung, die im Hause herrschte, ließ ihm keinen Zweifel darüber, daß tatsächlich „Monheer van 8 . . ." einen neuen Angriff auf die Weltstadt unternommen habe.

Es war keine Zeit zu verlieren. Er zog seine Schwimmweste an, die Fliegerjoppe darüber und betrat den Gang. Niemand ließ sich sehen. Sie waren alle in die Keller geflüchtet, obwohl Hampstead ziemlich weit ab vom Schuß lag.

Er lächelte. Dann ging er in den Flur hinaus.

„Ist hier jemand?" rief er laut in das Dunkel.

Eine elektrische Taschenlampe blitzte auf.

„Hallo, wer sind Sie?" kam es aus der Richtung des Scheines — „Ich bin Hauptmann Longford."

„Sie dürfen die Wohnung nicht verlassen!"

(Fortsetzung folgt.)

reaktionäre Wollnit des Wiener Kongresses vorbereitet. Alle Stimmen, die sich dagegen erhoben, werde man nicht mehr lange knebeln und alle Proteste nicht mehr lange ersticken können.

Gleiche Stimmen hört man aus Norwegen, wo man ebenfalls vernehmlich darauf hinweist, daß die Franzosen jetzt weit über die Grenzen legitimer Forderungen hinausgehen. Man habe offenbar die Teilung und endgültige Vernichtung Deutschlands als Großmacht vor.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ In einer **Kundgebung des Bundes der Landwirte** werden Richtlinien aufgestellt, in denen u. a. die Trennung von Kirche und Staat bekämpft wird. Ferner soll angestrebt werden: Weitgehende Förderung der Ansiedlung von Bauern und Arbeitern in Deutschland, insbesondere der Kriegsteilnehmer. Grundsätzliche Erhaltung von Eigentum und Erbrecht, unbeschadet einer staffelweisen Heranziehung der Privatvermögen zur Deckung der Kriegslasten. Starke Heranziehung der Kriegsgewinne und schärfste Sicherung gegen Abwanderung und Steuerhinterziehung des mobilen Kapitals. Sparsamkeit in der Staats- und Reichswirtschaft. Wirtschaftliche Hebung des Landarbeiterstandes und Ausbau seiner politischen Rechte.

✦ Die **Wahlen in Bayern** zur Nationalversammlung sind auf den 12. Januar 1919 anberaumt worden. Das aktive Wahlrecht ist dasselbe wie zur deutschen Nationalversammlung. Wähler sind indessen nur alle männlichen und weiblichen Personen, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben.

✦ Zu der **schlechten Ernährungslage** wird amtlich mitgeteilt, daß diese in der Tat sehr bedenklich ist. Auch in diesem Jahre sei der Ausfall der Brotgetreideernte erheblich überschätzt worden. Schon vor der Erhöhung der Brotration sei eine Differenz von 500 000 Tonnen vorhanden gewesen. Endgültig lasse sich freilich der Stand unserer Versorgung zurzeit noch nicht übersehen, da die Ernte ja noch nicht völlig gefaßt sei.

✦ Mit der Ausarbeitung der **Verfassung der deutschen Republik** ist im Reichsamt des Innern begonnen worden. Es ist zu diesem Zweck bereits eine besondere Kommission hervorragender Staatsrechtler einberufen worden, damit der Entwurf der Nationalversammlung sofort beim Zusammentritt vorgelegt werden kann. Vorher wird sich eine Konferenz der Einzelstaaten damit befassen.

✦ In einem Protest an die preußische Regierung wendet sich der evangelische **Oberkirchenrat gegen die Trennung von Kirche und Staat.** Er verwahrt sich dagegen, daß auf Gesetzen beruhende Zustände durch andere als gesetzliche Anordnungen, insbesondere durch Verfügungen einer vorläufigen Regierung, abgeändert werden. Er verlangt, daß in jedem Falle Eingriffe des Staates in das innere Leben der Kirche vermieden werden. Auf alle Fälle wird eine vorherige Verständigung gefordert.

Ungarn.

× **Infolge der Ruinierung Ungarns durch die Entente** hat Ministerpräsident Karolyi einen Selbstmordversuch gemacht, der im letzten Augenblick verhindert wurde. Karolyi fühlt sich schwer von der Entente getäuscht. Noch kurz vor der Trennung von Österreich wurde ihm eingeredet, daß ein schneller Sonderfrieden Ungarns dessen territoriale Unversehrtheit erhalten könnte. Der Verlauf der politischen Ereignisse zeigte ihm jetzt, daß die Entente nicht davor zurückschrecken wird, Ungarn zugunsten der Tschecho-Slowaken, Rumänen und Serben in furchtbarer Weise zu verstümmeln.

Rußland.

× Nachrichten aus Charbin berichten von der **Ermordung des russischen Kaiserhauses.** Und zwar haben die Bolschewiki in Alapajewsk die Großfürsten Sergius und Nikolai Nikolajewitsch, Großfürstin Elisabeth Feodorowna, die Prinzen Johannes, Konstantin, Nicol und Paul ermordet. Sie wurden gezwungen, in einen Bergwerkschacht zu springen, wo ihre Leichen jetzt gefunden wurden. Die russischen Blätter melden, daß derselbe Trupp Bolschewiki die Zarin und ihre fünf Kinder, deren Leichen noch nicht gefunden worden sind, bevor sie die Morde in Alapajewsk begingen, ermordet haben.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 6. Dez. Wie verlautet, werden die Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein und Westpreußen, v. Moltke und v. Jagow, zurücktreten.

Berlin, 6. Dez. Die Deutschnationale Volkspartei bereitet die Bildung eines Frauenausschusses für die Werbearbeit bei den weiblichen Wählern vor.

Berlin, 6. Dez. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Gewerkvereine Gustav Hartmann ist in das Handelsministerium für die Gewerbeabteilung berufen worden.

Berlin, 6. Dez. Zur Regelung des Gefangenenabtransportes treffen französische Offiziere von Spaa kommend hier ein.

Hohensalza, 6. Dez. Über Stadt und Kreis Hohensalza ist der Belagerungszustand verhängt worden. Bis auf weiteres sind sämtliche Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte geschlossen.

Wien, 6. Dez. Der hiesige ukrainische Gesandte hat dem polnischen Gesandten eine Protestnote übergeben, in der gesagt wird, daß die polnische Offensive gegen Wolhynien und Cholm den Krieg bedeute, während die ukrainische Republik mit Polen im Frieden leben wolle.

London, 6. Dez. Wie hier versichert wird, kommt eine Besetzung von Helgoland nicht mehr in Frage.

Lugano, 6. Dez. Das Versteigerungsverfahren über das deutsche Botschaftsgebäude in Rom ist nunmehr eröffnet. Die italienische Regierung bietet dafür die lächerliche Summe von zwei Millionen Lire.

Genf, 6. Dez. Die Kriegserklärung Chiles an Peru ist jeden Augenblick zu erwarten.

Rom, 6. Dez. Zur Vertretung des Papstes auf der Friedenskonferenz verlautet, daß der Vatikan einen freien Zugang zum Meer wünscht.

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 8. und 9. Dezember.

Sonnenaufgang	7⁰⁰ (8⁰⁰)	Mondaufgang	10⁰⁰ V. (11³¹ V.)
Sonnenuntergang	3⁴⁴ (3⁴⁴)	Monduntergang	9⁰⁰ N. (10³¹ N.)

8. Dezember. 1841 Bildhauer v. Dannecker gest. — 1903 Englischer Philosoph Herbert Spencer gest. — 1907 König Oskar II von Schweden gest. — 1909 Historienmaler Hermann v. Kaulbach gest. — 1914 Deutsch-englische Seeschlacht an den Falkland-Inseln; Vizeadmiral Graf Spee gefallen.

9. Dezember. 1867 Nikolaus v. Dreyse, Erfinder des Zündnadelgewehrs, gest. — 1916 Übergang der Bulgaren über die Donau bei Cernawoda.

Warnung und Aufklärung.

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen, die die Militärbehörde für die bevorstehende Demobilisierung gegen die Weiterverbreitung der Geschlechtskrankheiten getroffen hat, steht die Gefahr einer gewaltigen Zunahme dieser Erkrankungen in der Zivilbevölkerung unmittelbar vor der Tür.

Der einzige Schutz gegen Geschlechtskrankheiten ist die außereheliche Enthaltsamkeit. Der Mann, der sich mit einem leichtfertigen Mädchen einläßt, das Mädchen, das sich im Leichtsinn einem Manne hingibt, sie müssen bei der drohenden furchtbaren Durchseuchung darauf gefaßt sein, daß sie krank werden, vielleicht unheilbar krank, und daß sie die Seuche, wenn sie nicht sofort gründliche ärztliche Beratung und Behandlung suchen, weiter übertragen in die schon begründete oder noch zu gründende Familie, vielleicht auf Kind und Kindeskind.

Bisher glitt man in falschem Schamgefühl gern in der Oeffentlichkeit über diese ernsten Dinge hinweg. Die neue Zeit fordert auch hierin ein offenes Wort. Neuerdings sind für Geschlechtskranke und solche, die krank waren oder geschlechtskrank zu sein befürchten, Beratungsstellen eingerichtet, in denen von besonders sachkundigen Aerzten in durchaus verschwiegener Weise Rat erteilt wird, ob sie ärztlicher Behandlung bedürfen. Wer deren Kosten nicht selbst tragen kann, dem wird Hilfe von anderer Seite vermittelt. Jeder Geschlechtskranke sollte diesen Rat einholen, damit alles geschieht, was ihm dauernde Heilung bringen kann. Doppelt schuldig macht sich jeder, der durch eigenes Verschulden erkrankt ist und nicht alles tut, um wieder gesund zu werden, indem er Schuldlose in sein Unglück hineinzieht.

Auskunft über die nächsterreichbare Beratungsstelle geben die Ortspolizeibehörden und die Krankenkassen.

•

Erweiterung der Freiliste. Auf die Freiliste sind seit 8. Dezember 1918 gesetzt: 15. Strümpfe, Socken und Stutzen. 16. Kopfschützer, Brustschützer, Kniewärmer, Leibbinden, Halsbinden, gestrickte Schals, Pulswärmer. 17. Schwitzer (Sweater) jeder Art, gestrickte, gewirkte oder gehäkelte Damenwesten, gewirkte Korsettschoner und Untertaillen (Trikothemden und -jacken sind bezugsscheinpflichtig). 18. Brusthalter, Büstenformer, Miedergürtel, Geradehalter und ähnliche Gegenstände. 19. Matratzen, fertiggefüllte Inletts. 20. Abgepaßte Kopftücher, Schals und Umschlagetücher, Reise- und Schlafdecken, Decken für Tiere.

Die Bekanntmachung über **Beschlagnahme der im Besitze von Gastwirtschaften** usw. befindlichen Bett-, Haus- und Tischwäsche ist vom 7. Dezember ab aufgehoben.

Aus der Westfälischen Zentrumspartei. Die Provinzialvertretung der westfälischen Zen- 1918, vormittags 10½ Uhr, in Hamm im katholischen Vereinshaus zu einer Sitzung zusammen. Einziger Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Bildung einer rheinisch-westfälischen Republik. Die Mitglieder der Provinzialvertretung werden dringend gebeten, an der wichtigen Sitzung vollzählig und pünktlich teilzunehmen.

— Die Bezugsscheinfreiheit ist weiter ausgedehnt worden und zwar auf Strümpfe, Socken, Woll-Leibbinden, Brusthalter, Schals usw., ferner auf Matratzen, Kopftücher, Reise-, Schlafdecken sowie Tierdecken.

Paderborner Stadtchronik.

Politische Sonntage.

— Der gestrige Sonntag stand noch ganz im Zeichen der „wandernden Heere". Den ganzen Tag über zogen Kolonnen durch die Stadt. Man sah unzählige Wagen, Reiterei und Artillerie mit ihren nun schweigenden Geschützen. Zum Teil bezogen die Truppen hier Quartier. Das am Freitag hier eingerückte Infstr.-Regt. 396 hat Paderborn inzwischen wieder verlassen. Ueber den Einzug und die Begrüßung der 396er sei noch nachgetragen: An der Stadtgrenze wurde das Regiment vom Garnisonältesten Oberstltn. v. Loebell, vom Adjutanten des Garnisonkommandos Leutnant Mohrhoff und dem Einquartierungsoffizier Leutn. Frenking empfangen. An dem Triumphbogen in der Bahnhofstraße fand sodann noch ein Vorbeimarsch vor dem Garnisonältesten statt und rückte dann das Regiment in die Massenquartiere. Der Verkehr in der Stadt war gestern wieder sehr lebhaft und trug in vorwiegendem Maße ein militärisches Gepräge. Am Nachmittag warben neben den Kinos und anderen Unterhaltungen in verschiedenen Gaststätten auch die politischen Parteien um die Gunst des Publikums. Es gilt jetzt in allen Lagern zu sammeln für die Wahlen zur Nationalversammlung. Das Interesse an diesen Vorbereitungen zur Nationalversammlung ist ein überaus reges. Das zeigen alle Versammlungen politischen Anstriches, die bisher hier abgehalten wurden. Es wird überall zu scharfen Kämpfen kommen; denn es geht diesmal zunächst um die Macht dieser oder jener Weltanschauung, es geht um die Zusammensetzung der Nationalversammlung, die erst den Grundstein zu dem neuen Reiche legen soll. Die Sozialdemokratie arbeitet diesmal mit ganz besonderem Hochdruck und sie hat es diesmal entschieden leichter als das Bürgertum, denn ihr stehen der ganze Regierungsapparat und nicht minder auch die meisten A.- u. S.-R. fördernd und helfend zur Seite. Das Ziel geht auf die Errichtung des sozialistischen Zukunftsstaates. Man hört es viele Redner in diesen Versammlungen aussprechen, daß sie auf eine wenn auch kleine sozialistische Mehrheit bei den Wahlen hoffen. Für das gesamte Bürgertum und alle Gegner einer einseitigen Klassenherrschaft wäre ein derartiger Ausfall überaus schädlich und nicht minder auch dem ganzen Wirtschaftsleben, dem, wie die Revolution bisher zeigte, die ersten Proben des Zukunftssystems nur Schaden brachte. Das gesamte Bürgertum wird diesmal zur Nationalversammlung wenigstens gut tun, sich weniger um Parteiprogramme zu streiten, als dahin zu trachten, als geschlossene Masse für den Ordnungsstaat, in dem alle Stände gleich, ob Arbeiter oder Bauer, Handwerker oder Kaufmann zu ihrem Rechte kommen, aufzutreten. Alle Haarspaltereien verlegen kluge Leute auf eine ruhigere spätere Zeit. Heute gibt es nur eine Parole und die lautet: Klassenherrschaft oder Staat des vernünftigen Ausgleiches!

•

— Ein Werbeausschuß der Zentrumspartei trat gestern unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Auffenberg zusammen. Sehr zahlreich waren neben den Männern auch die Frauen erschienen. Der Versammlung wurde von dem Vorsitzenden wie von allen Diskussionsrednern die Bedeutung und große Notwendigkeit einer großzügigen Organisaton und Agitation der Partei für die kommenden Wahlen dargelegt. Die Aussprache ergab in den Hauptfragen volle Einmütigkeit. Man wählte einen Vorstand von fünf Mitgliedern und gab ihm einstweilen zehn Herren und fünf Damen zur Seite. Weitere Zuwahlen von Besitzern sollen in Bezirksversammlungen erfolgen. Die Namen der fünf Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes sind Rechtsanwalt Auffenberg, Vorsitzender; Stadtv. Knievel, zweiter Vorsitzender; Direktor Wulff und Buchhalter Müller, erster und zweiter Schriftführer und Stadtv. Böbeker, Kassierer. Es wird die Bildung von Arbeitsausschüssen folgen, deren Aufgabe es sein wird, zu organisieren, Aufklärungsarbeit zu leisten, Versammlungen abzuhalten und überhaupt alle Vorbereitungen zur Wahl zu treffen. Wie der Vorsitzende mitteilte, haben wir in Paderborn mit etwa 18 000 Wähler und Wählerinnen zu rechnen.

— Die sozialdemokratische Partei Paderborn-Büren hatte gestern nachmittag mit der Tagesordnung „Das neue Deutschland" zu einer öffentlichen Versammlung in den Rathaussaal geladen. Der Andrang dazu war ein ganz gewaltiger. Es gingen wohl mehr Leute wieder, die keinen Platz mehr finden konnten, wieder weg, als im Saale selbst Unterkunft fanden. Doch kehrte der Verlauf der Versammlung, daß die bürgerlichen Parteien wohl die Mehrheit der Zuhörerschaft gestellt hatten. Auch die Frauen, die man vielfach noch als politische unbeschriebene Blätter zu kennzeichnen hat, waren recht zahlreich zur Stelle. Das Referat hatte das Mitglied des Soldatenrates Castien, der in ausführlicher Weise sich über den erstrebten sozialistischen Zukunftsstaat, wie ihn sich die Köpfe der Theoretiker der unabhängigen Sozialdemokratie denken und zurechtlegen, verbreitete. Der Redner fand gemäß der Zusammensetzung der Versammlung auf der einen Seite Beifall, auf der anderen Seite Widerspruch. Es setzte eine stundenlange Aussprache ein, in der auch Redner der Zentrumspartei und der christlichen Arbeiterschaft das Wort nahmen und u. a. auch den Theorien in wirkungsvollen Ausführungen durch Beispiele aus der heutigen grauen Praxis zu Leibe rückten.

§ **Volksrat.** Der Arbeitsausschuß des Volksrates tagt künftig Dienstags und Freitags von 4 Uhr ab. Gegenüber den Zeitungsnachrichten über unangemessene Vergütungen an die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte wird mitgeteilt, daß die Mitglieder des hiesigen Volksrates nur den entgangenen Verdienst (Lohnausfall) in Rechnung stellen; eine feste Barvergütung (von monatlich 100 Mk.) soll dem Schriftführer gezahlt werden. Mit einer bezahlten Schreibkraft, einem Kriegsbeschädigten, wird die Geschäftsstelle (Grube, Zimmer 13) besetzt. Uebrigens erhalten nach eingeholter Auskunft auch in Bielefeld und Dortmund die Mitglieder ähnlich berechnete, also keineswegs übermäßige Vergütungen; die anders lautenden Zeitungsnachrichten verallgemeinern offenbar vereinzelte bedauerliche Mißstände.

— Als Vertreter Paderborns in der am 16. d. Mts. in Berlin zusammentretenden Hauptversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands wurde in der am 6. in Bielefeld tagenden Bezirks-Versammlung das Mitglied des hiesigen Soldatenrates Hermann Castien gewählt.

— Haupt-Arbeitsnachweis Paderborn. Offene Stellen: 40 Ackerknechte, 6 Viehwärter, 10 landwirtschaftliche Arbeiter, 3 Jungen, 2 Gärtner, 10 Gartenarbeiter, 2 Schmiede, 1 Schlosser, 2 Stellmacher, 1 Gerber, 1 Schneider, 6 Schuhmacher, 28 Tischler, 3 Bildhauer, 3 Maschinenschreiber, 1 Kreissäger, 2 Möbelpolierer, 1 Sägemüller, 1 Steinmetz, 1 Heizer, 2 Dachdecker, 10 Fuhrknechte, 2 Hausdiener, 20 Erdarbeiter, 12 Straßenarbeiter, 4 Holzarbeiter, 1 Maurer, 2 Zimmerleute, 1 Ziegeleiarbeiter, mehrere Lehrlinge, Mädchen für Landwirtschaft, Küche und Haus, Aufwärterinnen usw. — Stellensuchende: 1 Oekonomie-Verwalter, 1 Bautechniker, 2 Bürogehilfen, 3 Kaufleute.

— Eine große Rindviehherde wurde gestern durch Teile der Oststadt getrieben. Es handelte sich um 500 Stück Kühe und Ochsen, die aus Süddeutschland zu Verpflegungszwecken für die hier in Quartier kommenden Soldaten bestimmt sind. Die Tiere machten zum Teil einen sehr armen Eindruck, teils war es aber auch prächtiges Vieh. Die Tiere kamen vom Nordbahnhof und wurden in den Gebäuden der Reitbahn untergebracht. Das oft recht rohe Zutreiben der Tiere erregte berechtigten Unwillen vieler Passanten.

— Billige Körner- und Hülsenfrüchte. Vom Landgericht Paderborn ist am 14. Juni die Ehefrau Rosa Buck wegen Hehlerei und Vergehens gegen die Reichsgetreideverordnung zu 4 Monaten Gefängnis und 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Zwei Mitangeklagte, welche als Arbeiter auf einem Rittergute tätig waren, stahlen dort nach und nach mehrere Zentner Erbsen, Bohnen und Getreide, welches sie der Angeklagten B. für 20—30 Pfg. für das Pfund verkauften. Gegen das Urteil hatte nur die Angeklagte B. Revision eingelegt, welche jedoch vom Reichsgericht als unbegründet verworfen wurde.

•

× Sennelager, 9. Dez. Gestern abend sprang beim Wilhelmsberg ein Sanitäts-Unteroffizier aus der fahrenden Elektrischen, wobei sein Kopf gegen einen Straßenbahnmast schlug. Er blieb schwer verletzt im Straßengraben liegen.

Von Nah und Fern.

■ Minden, 8. Dez. Unsere Garnison hat bereits einen großen Teil der von hier ins Feld gerückten Truppenteile wieder aufgenommen. Die Stadt hat reichen Schmuck angelegt. Bisher wurden das Landst.-Batl. Nr. 15, das Ref.-Infstr.-Regt. 15, Pionier-Batl. 10 und Infstr.-Regt. 15 empfangen. Stets fanden sich, nachdem die Glocken die Ankunft angemeldet hatten, Hunderte (gestern Tausende) zum Empfang auf dem Bahnhof ein.

)-(Datteln, 8. Dez. Einen Raubmord haben die Arbeiter Heinrich Blume und Martin Towdzak von hier an einem ihrer Mitarbeiter verübt, der dieser Tage in dem Wäldchen an der J-Straße hier tot aufgefunden wurde. Die beiden Mörder hatten ihrem Opfer am vergangenen Samstag nach der Löhnung aufgelauert, überfallen, in den Busch geschleppt, erdrosselt und beraubt. Ihnen sind angeblich 130 Mark und eine silberne Taschenuhr in die Hände gefallen.

= Dortmund, 8. Dez. Auf der Tagung von Kreisvorsitzenden und Sekretären der Evangelischen Arbeitervereine wurde erklärt, es sei grundsätzlich daran festzuhalten, daß die Werbetätigkeit der evangelischen Arbeitervereine nur für die christlichen Gewerkschaften einzutreten habe. Eine eingehende Besprechung rief die Frage hervor, ob die Vereine mehr religiös gerichtet sein sollen oder ob sie auch wirtschaftliche Standesinteressen zu vertreten haben. Nicht, daß sie in der Weise der Gewerkschaften behandelt werden sollen oder können, Lohn, Arbeitsverhältnisse und alles, was auf dieser Linie liegt, soll diesen überlassen bleiben. Aber es gebe manche Frage, über die Aufklärung vom evangelischen Standpunkt nötig sei, und solche Belehrung und Anregung können in evangelischen Arbeitervereinen gegeben werden.

× Langendreer, 8. Dez. Der A.- u. S.-Rat in Stockum hat den Gemeinderat wegen Nichtbewilligung der für die Sicherheitsmaßnahmen für notwendig gehaltenen Aufwendungen aufgelöst. Der Kreisausschuß hat dieses Vorgehen nicht gebilligt. Er hält es für notwendig, daß der Instanzenweg (Amt, Kreisausschuß usw.) vom A.- u. S.-Rat eingehalten wird.

△ Trier, 8. Dez. Die in weiten Kreisen der hiesigen Bevölkerung eingesetzte Bewegung für die Lostrennung Rheinlands von Preußen hat die Kölner Kundgebung vom Dienstag abend mit Freuden begrüßt und folgendes Telegramm an Justizrat Trimborn in Köln gesandt: „Die Führer der Bewegung für einen freien Rheinstaat in trierischen Landen begrüßen begeistert die Kölner Kundgebung. Sie werden wie seit Monate an dem erstrebten Ziel weiterarbeiten, Hand in Hand mit Köln

Vermischtes.

o **Das ausgeplünderte Glogau.** Die Geschäfte Glogaus wurden während der Umsturzbewegung vollständig ausgeraubt. Da Zivilpersonen an der Plünderung teilgenommen haben, wollen die Geschädigten die Stadt auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1850 haftbar machen. Die Stadt will die am meisten geschädigten Einwohnerleute zunächst ausreichend finanziell unterstützen.

Letzte Draht- u. Korrespondenzmeldungen

Wilhelm II. und die neue Regierung.

Haag, 7. Dez. Der frühere deutsche Kaiser soll sich dahin geäußert haben, daß er einer Berufung seiner Verteidiger vor einen Gerichtshof ruhig entgegensehe, da er allen Anschuldigungen die Stirne bieten könne. Er sei jetzt ein privater Bürger und der neuen deutschen Regierung geneigt.

Überfall auf einen bayerischen Minister.

München, 7. Dez. Der Minister des Innern Auer wurde um Mitternacht in seiner Wohnung von etwa 300 bewaffneten Soldaten überfallen. Die erwachten [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

nun einen schriftlichen Amtsverzicht, den er, der Gewalt weichend, freiwilligen Verzicht verweigernd, unterschrieb. Er hat ausdrücklich erklärt, daß er am 2. Dezember schon zurücktreten wollte, von Eisner aber dringend zum Bleiben bewogen worden sei.

Die Entlassung der Jahrgänge 1896/97.

Berlin, 7. Dez. Wie das Kriegsministerium mitteilt, dient die Zurückhaltung der Jahrgänge 1896 bis 1897 lediglich den Bedürfnissen der Übergangszeit. Die Entlassung der Jahrgänge 1896/97 ist selbstverständlich und wird sich den übrigen Jahrgängen anschließen. Diese sollen keinen Tag länger behalten werden, als der Gang der Demobilmachung und besonders auch der Abbeförderung der Gefangenen es erfordert. Es ist zu hoffen, daß mit der Entlassung des Jahrganges 1898 Anfang Januar begonnen und auch die von 1897 noch im Januar beginnen kann.

Polen als Friedenshindernis.

Berlin, 7. Dez. In Frankreich beklagt man die Hinausschiebung der Friedenspräliminarien. Für diese sei der einzige strittige Punkt Polen; hierfür müsse Deutschland eine Interessenverzichtlinie anerkennen. Danzig bedürfe besonderer Untersuchung, überall müsse das Prinzip herrschen, einen Zugang zum Meere zu schaffen. Die Regelung der finanziellen Wiedergutmachung müsse in dem Sinne gelöst werden, daß die Herausgabe alles Gerafften, Haftbarmachung und zehnfache Buße für den Inhaber des gestohlenen Gutes festgesetzt werde.

Die Nationalversammlung in Kassel?

Kassel, 7. Dez. Die Stadtverordnetensitzung erklärte sich in vertraulicher Sitzung freudig bereit, die nötigen Vorbereitungen für Empfang und Aufnahme der eventuell nach Kassel einzuberufenden Nationalversammlung zu treffen. Doch wurde von verschiedenen Rednern betont, daß im Interesse der Reichseinheit Berlin in erster Linie als Tagungsort in Betracht kommen müsse.

160 Milliarden verlangt England.

London, 7. Dez. Nach einer Erklärung Lloyd Georges verlangt England von Deutschland eine Entschädigung von 160 Milliarden Mark.

Zwiespalt im Zentrum.

Köln, 7. Dez. In einer öffentlichen Zentrumsversammlung hat sich der Parteivorsitzende Oberpfarrer Kastert mit auffallender Schärfe gegen gewisse Strömungen im katholischen Lager gewandt, die bei der Neugestaltung der Zentrumspartei den alten Versuch erneuerten, das Zentrum zu einer ausgesprochen katholischen Partei zu machen. Der Hauptredner Staatssekretär a. D. Geheimrat Trimborn erklärte mit größtem Nachdruck: Das Zentrum war eine politische Partei und wird es bleiben!

Aufhebung der Beschlagnahme der Gastwirtswäsche.

Berlin, 7. Dez. Die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über Beschlagnahme der im Besitz von Hotels, Gast- und Schankwirtschaften und ähnlichen Betrieben sowie Wäscheverleihgeschäften befindlichen Bett-, Haus- und Tischwäsche vom 25. August 1917 tritt außer Kraft.

Für einen früheren Wahltermin.

Berlin, 7. Dez. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Berlin verlangt von der Vollversammlung der ASR ganz Deutschlands, daß sie für die Wahlen den frühesten technisch möglichen Termin, also Mitte Januar, ansetze, damit die Nationalversammlung sobald als möglich zusammentreten könne.

Wilson gegen Zahlung von Kriegskosten.

Genf, 7. Dez. Aus neutralen Kreisen hört man, daß Wilson gegenüber Lloyd George und Clemenceau einen harten Stand haben wird. Die europäischen Alliierten wollen, daß die Mittelmächte die Kriegskosten zahlen sollen, ein Standpunkt, den Wilson auf das schärfste bekämpfen wird.

Frankreich auf der Lauer.

Zürich, 7. Dez. Zum Abschluß eines Vorfriedens mit Deutschland fordert man in Paris eine verläßlichere deutsche Regierung. Vorläufig erscheine die Entsendung einer militärischen Entente-Polizeigewalt nach Berlin noch nicht dringend.

Straßenkämpfe in Newyork.

Amsterdam, 7. Dez. Aus Newyork wird gemeldet, daß starke Straßenkämpfe zwischen Soldaten und Sozialisten stattfanden. Die Sozialisten zogen mit roten Fahnen demonstrierend über die Straßen, stießen mit Soldaten und Matrosen zusammen, worauf sich wütende Handgemenge entspannen.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes Ratschluß entschlief am Samstag morgen 6½ Uhr mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel

der Kgl. Lokomotivführer

Johannes Kürpick.

Er starb nach kurzem, aber schwerem Leiden im Alter von 33 Jahren.

Wir bitten, der Seele des Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Die trauernden Angehörigen:

Familie

Ww. Anton Kürpick.

Neuhaus, Paderborn, Lippspringe, den 7. Dezember 1918.

Das Seelenamt findet statt am Mittwoch, den 11. 12., 7½ Uhr, danach die Beerdigung.

Sollte jemand aus Versehen keine Anzeige erhalten haben, bitten wir, diese als solche zu betrachten.

Nachruf.

Am 5. d. M. entschlief sanft und gottergeben, gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, unser Kanzlist,

Herr Franz Hartmann,

im Alter von 75 Jahren.

Der Hingeschiedene, der seit dem 10. Dezember 1883 ununterbrochen am Bischöflichen General-Vikariate tätig gewesen ist, hat sich durch musterhafte Pflichttreue, stete Arbeitsfreudigkeit und freundliches Wesen im Umgange ausgezeichnet. Sein Andenken werden wir immer in Ehren halten.

Paderborn, 6. Dezember 1918.

Bischöfliches Generalvikariat:
Klein.

Aus dem Heeresdienst entlassenen selbständigen

Schuhmacher

und deren Gehilfen

werden aufgefordert sich sofort bei derjenigen Lederhandlung zu melden, wo sie ihr Leder beziehen wollen, zwecks Zuteilung von Oberleder. 09946

Paderborn, den 7. Dezember 1918.

Die Lederhandlungen
Fr. Metzger. W. Uhle.

Gute Unterhaltungslektüre für alt und jung

ist gegenwärtig das zweckmäßigste und beliebteste Weihnachtsgeschenk.

Aus unserem Verlage empfehlen wir:

Gott und Götter. Roman von J. W. Neumann. 676 Seiten gr. 8°. Preis gebund. M. 7.00.

Ein sehr spannender Roman aus der Zeit der babylonischen Gefangenschaft. Im Vordergrund stehen der Prophet Daniel und die Königstochter Nina. Die Schilderung ist fesselnd, die einzelnen Charaktere sehr gut gezeichnet.

Die Säule der Wahrheit. Von K. von Volanden. VIII und 348 Seiten. 8°. Preis gebunden M. 3.50.

Was hier erzählt wird, spielt sich zu Beginn der Glaubensspaltung im Anfange des 16. Jahrhunderts ab. Der Verfasser versteht es meisterhaft, den Leser durch lebhafte Schilderung zu fesseln.

Die Mucker. Eine Episode aus der Geschichte der deutschen Kolonien von Rio Grande do Sul, Brasilien. Von P. Ambros. Schup S. J. 312 Seiten. 8°. Preis gebunden M. 6.00.

Die hochinteressante Erzählung bringt ein geschichtliches Ereignis. Sie schildert das Aufwuchern einer schwärmerischen Sekte, die blutigen Ausschreitungen der Mitglieder und endlich den tragischen Untergang.

Wege und Abwege. Von P. Ambros. Schup S. J. 2. Aufl. 276 Seiten 8°. Preis gebunden M. 3.50. Das Werk schildert in ergreifender Weise die Macht der Verführung unter der studierenden Jugend.

Zwei Erzählungen für Volk und Jugend. Von P. Ambros. Schup S. J. 304 Seiten kl. 8°. Preis gebunden M. 4.00.

Die erste Erzählung schildert die Macht einer bösen Leidenschaft, die zweite den Segen der dankbaren Kindsliebe.

Wanderungen und Wandlungen. Von P. Ambros. Schup S. J. 232 Seiten kl. 8°. Preis gebunden M. 3.00. Ein lehrreiches Werk, besonders für heimatsmüde Jugend die in der neuen Wert mühelos eine Existenz zu finden wähnt.

Die Erbin von Tregonec. Von Mm. d' Ethampes. Nacherzählt von Wilma Wera. 272 Seiten kl. 8°. Preis gebunden M. 2.80.

Ein Roman aus den ersten Jahrzehnten der französischen Revolution.

Des Freiherrn Traum. Von L. d. Chatillon. 124 Seiten kl. 8°. Preis gebunden Mk. 1.80.

Eine anmutige Erzählung die sich am Fuße der Pyrenäen abspielt.

Der Bruder des Pfarrers. Von David Bearne. 136 Seiten kl. 8°. Preis gebunden M. 2.20.

In ergreifender Darstellung werden an dem Schicksale eines verwaisten Knaben die Folgen einer verfehlten Erziehung erzählt.

Schildereien. Aus dem Tagebuche des Johannes Clericus. Herausgegeben von einem Pfarrer der Erz-Diözese Köln VIII. 240 Seiten 8°. Preis gebunden M. 3.20.

Fünfzehn lehrreiche Erzählungen aus dem Leben und Wirken eines Seelsorgers.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Die Preise verstehen sich gegen 10% Teurungszuschlag.

Paderborn. **Bonifacius-Druckerei.**

Anmeldungen zum Bezuge von

Leder

für Schuhmacher und Schuhmachergehilfen, die aus dem Felde zurückgekommen sind, werden entgegengenommen. Baldige Anmeldung dringend erforderlich.

L. A. Kersting,
Lederhandlung.

Am Dienstag, den 10. Dezember, morgens 9 Uhr

findet am Soldatenheim des Sennelagers eine



Versteigerung von Militärpferden

aller Gattungen

nur gegen Barzahlung statt.

Die Pferdeverkaufs-Kommission des Sennelagers.

Holzschuhe

mit Kissen für Wiederverkäufer liefern

Brockfeld & Schaefer,
Holzschuhfabrik, Bünde i. Westf.

Sohlen-Kopfnägel,

handgeschmiedete Stoßnägel,

Vollholzsohlen in allen Größen,

Holzschuhe von 33 bis 47,

in hoher und niedriger Form, ohne Leder, empfiehlt **billigst**

F. Metzger, Lederhandlg.,
Paderborn, Königstr. 39.

Holzschuhe

buchen, Frauen- und Männergrößen, saubere Arbeit. Höchstverkaufspreis M. 7.35 pro 100 Paar zu M. 200 verpackungsfrei ab hier nur gegen Einsendung des Betrages. Da Holzschuhe noch versandt werden können, sofortige Bestellung erbeten.

Holzschuh-Fabrik Mimbach,
(Rheinpfalz) No 45.

Dienstag, 10. Dezember 1918
vormittags 9½ Uhr

werden auf dem Hofe der **Husaren-Kaserne Paderborn**



ca. 105 Pferde

öffentlich meistbietend versteigert. Händler ausgeschlossen. Halftern mitbringen.

Ersatz-Esk. Huf. 8.

Pferde-Versteigerung

Mittwoch, den 11. ds. Mts,

findet in der **Schloßkaserne Neuhaus** Kreis Paderborn

Versteigerung von überzähligen



Dienst-Pferden

statt.

Kriegsanleihe wird bevorzugt angenommen. Käufer müssen beglaubigten Ausweis vorzeigen

Nachrichten-Ersatz-Abteilung 7.
Neuhaus.

Verschossene

Militär-Mäntel u. Anzüge

werden auf neu gefärbt und gereinigt.

Färberei
Galluschke
Waschanstalt.
Paderborn, Westernstraße 30.
Detmold, Langestraße 20.

Eine kleine Werkstatt

zu mieten gesucht.
Angeb. u. Nr. 1413 an die Geschäftsstd. d. Paderb. Anz.

Zwei junge Leute suchen auf sofort

möbl. Zimmer

m. Kost u. Logis. Nähe Infanteriekaserne. Angeb. mit Preis u. 1409 a. d. Geschäftsst.

Schuhe mit Holzböden,
alle Nummern,
Schäfte und Holzsohlen
in groß. u. kl. Posten abzgb. auch an Wiederverkäufer. Versand geg. Nachnahme.
Franz Koch, Schäfte- und Lederhandlung. Olpe i. W. Telefon Nr. 248.

Gut erhaltenes

Fahrrad



mit neuer Bereifung billig zu verkaufen.
Daselbst werden

Pferdehaare

zum höchsten Preise angekauft
Peter Boomers,
Lippspringe, Poststraße 8.

Sich Verdienst

kann j. derm. (auch als Nebenbeschäft.) erw. durch Uebernahme einer Abfahrstelle.
Näh. d. **A. Uhlig, Chemnitz-Hilb. Terassenstraße 15.**

Bekanntmachung

Durch Erlaß des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes, Berlin, vom 1. 12. 1918 A II 11797 u. vom 2. 12. 1918 A II 12200 ist den Oelmühlen:

1.) Koke, Niederntudorf (Kreis Büren)
2.) C. Mertens, Lippspringe (Kreis Paderborn)

die Genehmigung erteilt worden, auf Grund ordnungsmäßig ausgestellter Schlagscheine für die Selbstversorger des Kreises Paderborn aus denjenigen Oelfrüchten Oel herzustellen, für die gemäß Verordnung vom 7. August 1917 (R.G.Bl. S. 687) Oel zurückzuliefern ist.

Paderborn, 6. Dezbr. 1918.
Der Landrat.

Betrifft

Polizeistunde.

Mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern hebe ich im Interesse der Kohlenersparnis die durch Anordnung vom 19. Januar 1917 — I P 62 — zugelassene, im Amtsblatt Stück 4 vom 27. Januar 1917, Seite 17 veröffentlichte Ausdehnung der Polizeistunde für Gast-Speise- u. Schankwirtschaften Cafés sowie für Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabfolgt werden, in den Städten

Bielefeld, Herford, Minden Bad Oeynhausen und Paderborn

hierdurch wieder auf und bestimme, daß vom Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung ab auch in diesen 5 Städten die Polizeistunde wieder auf 10 Uhr festgesetzt wird.

Minden, 29 November 1918.
Der Regierungspräsident.

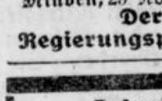
Irische

Dauerbrandöfen
Ofenrohre u. Kniee
Kesselöfen
Quetschmaschinen
Grünschneidladen
Zug- Kuh- und Halfterketten
Werkzeuge
Drahtstifte
Maschinenoel
Centrifugenoel

empfiehlt

Thomas Adrian Wwe.
Neuhaus.

Vier starke junge



Tecke

reinrassig, 6 Wochen alt, Hündinnen, sof. zu verkaufen. Näheres in der Gesch. d. Paderborner Anzeigers.

Möbiliertes Wohn- und Schlafzimmer

mit Kochgelegenheit kinderloses Ehepaar ges. Angebote unter 1414 an die Geschäftsst. d. Paderb. A.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner Paderborn.